Polizisten suchen mit Spürhunden in Bad Cannstatt nach der vermissten Anja Aichele. Foto: Kraufmann

Fast 800 zwischen 1927 und 1972 geborene Männer gaben 2012 und 2013 im Mordfall Aichele eine Speichelprobe bei der Polizei ab. Foto: PPfotodesign/M. Kovalenko

Anja Aichele, die damals 17 Jahre alte Schülerin, wurde am 27. März 1987 in Bad Cannstatt ermordet – ihr Mörder bis heute nicht gefunden. Foto: Archiv

Niemanden vergessen

Grünen-Politikerin Petra Häffner fordert eine spezielle Einheit von Kriminalen, die in ungelösten Kriminalfällen weiter ermittelt. Alleine seit dem Jahr 2000 sind 339 Tötungsdelikte in Baden-Württemberg unaufgeklärt.

Von Franz Feyder

STUTTGART. Dieser Freitag war ein ungemütlicher in Stuttgart: Morgens verhüllte Nebel die Häuser, ab vier Uhr in der Früh nieselte es den ganzen Tag über, das Thermometer kletterte bis zum frühen Nachmittag auf gerade einmal 13 Grad.

Im Stuttgarter Stadtteil Muckensturm sorgten sich ab 22 Uhr die Aicheles zunehmend: Ihre 17 Jahre alte Tochter Anja hatte den Abend mit Freunden im Gemeindehaus der evangelischen Luthergemeinde in Bad Cannstatt verbracht – und war nicht wieder nach Hause gekommen. Noch am späten Abend dieses 27. März 1987 alarmierten die Eltern die Polizei. Am folgenden Morgen durchsuchten Bereitschaftspolizisten die umliegenden Weinberge, Schrebergärten und Wege, überflog ein Polizeihubschrauber das Gebiet. Am Montag drauf fiel einem Schrebergärtner ein am Wochenende umgegrabenes Beet im Nachbargarten auf. Polizisten schaufelten die Erde fort und fanden in fast einem Meter Tiefe die unbekleidete Leiche der Schülerin.

Seitdem suchen Ermittler nach dem Mörder oder den Mördern Anja Aicheles. Und machen die Grünen-Politikerin Petra Häffner nachdenklich: „Hinter jedem einzelnen solcher Fälle stehen Familien und Freunde, die mit dem Tod eines Kindes, Freundes oder nahen Verwandten nicht abschließen können." Daraus leitet die Grüne eine „ethische Pflicht des Rechtsstaats" ab, auch in solchen Fällen weiter zu ermitteln.

1996 stellten die Regierungen in den USA und Kanada spezielle Ermittlungseinheiten auf, die wieder zu Tötungsdelikten oder ungeklärten Vermisstenfällen recherchierten, deren Akten durch die Strafverfolgungsbehörden geschlossen worden waren. Cold Cases im Fachjargon. Vor zehn Jahren wurde beim österreichischen Bundeskriminalamt eine vergleichbare Einheit aufgestellt. In Deutschland betreuen in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland die Landeskriminalämter die Ermittlungen ihrer regionalen Polizeidienststellen zentral. Ein Verfahren, das in die Kritik gerät, weil die regionalen Einheiten personell und materiell höchst unterschiedlich ausgestattet sind. Berlin, Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein haben in ihren Kriminalämtern eigene Einheiten aufgebaut.

Dem hinkt Baden-Württemberg hinterher: Zwar sei beim LKA im Mai 2019 eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die den derzeitigen Umgang mit geschlossen Fällen erheben und bewerten, zudem Verbesserungsvorschläge entwickeln solle. Aber: „Das LKA beabsichtigt die Einrichtung eines Arbeitsbereichs Cold Case als zentrale Ansprechstelle für die regionalen Polizeipräsidien", schreibt das Innenministerium auf eine Landtagsanfrage Häffners.

Bislang, so die grüne Innenpolitikerin, die seit zehn Jahren das Thema Polizei betreut, bleibe im Südwesten bei der Bearbeitung nicht abgeschlossener Kriminalfälle vieles dem Zufall überlassen: „Ob ein Fall wirklich wieder bearbeitet wird, hängt vor allem davon ab, ob sich ein Ermittler daran erinnert, dass er vor 20 Jahren einmal in einer Akte etwas über bestimmte Tatwaffen, Tatabläufe oder Täter gelesen hat. Eigentlich also bestimmt Zufall über die Wiederaufnahme eines Falles." Innenminister Thomas Strobl (CDU) räumt in seiner Antwort auf die Häffner-Anfrage ein, dass „die örtlichen und sachlichen Polizeidienststellen" die Ermittlungsakten weiterführen. Diese „werden in der Regel in Papierform, in Einzelfällen auch digital aufbewahrt". Erst künftig sei eine vollständige Digitalisierung sämtlicher Altakten von Cold-Case-Fällen vorgesehen.

„Hinter jedem Fall stehen Familien und Freunde, die nicht abschließen können."

Petra Häffner, Grünen-Abgeordnete

Foto: Ortmann/Ortmann Vogt Internetagentur

Alleine zwischen Beginn 2000 und dem Jahresende 2020 wurden 339 vollendete und versuchte Tötungsdelikte im Land nicht aufgeklärt. Angeführt wird die Liste vom Polizeipräsidium Mannheim mit 61 Fällen, es folgen Stuttgart mit 48 und Karlsruhe mit 40 Fällen. Hinzu kommen für denselben Zeitraum 656 Vermisste. Neue Ermittlungsansätze ergeben sich für die Polizisten aus dem technischen Fortschritt: 1984 entdeckte der englische Biochemiker Alec Jeffreys an der Leicester University eine Methode, mit der sich das Erbmaterial verschiedener Menschen schnell vergleichen lässt. Drei Jahre später überführten Ermittler so den Bäcker Colin Pitchfork, der im November 1983 und im Juli 1986 zwei Mädchen vergewaltigt und ermordet hatte.

Baden-Württembergs LKA war 1989 deutschlandweit der Wegbereiter der forensischen DNA-Analyse. Inzwischen untersuchen die Wissenschaftler des Amtes in Stuttgart selbst die DNA von Pflanzen und Tieren, um Verbrecher zu überführen. Seine Computerspezialisten erfassen Tatorte und seine Spuren mit speziellen Kameras in drei Dimensionen. Richter, Staatsanwälte und Verteidiger können sich so mit einer speziellen Brille, der sogenannten VR-Brille, im Gerichtssaal im Tatort bewegen, sich hinter Vorhängen oder unter Bänken verstecken und beurteilen, ob und was ein Zeuge sehen konnte, wo eine Kugel wirklich abgefeuert wurde und ob sie auch treffen konnte.

Baden-württembergische LKAler scannten das gesamte Gelände des Konzentrationslagers Auschwitz und schufen mit diesen Daten ein dreidimensionales Modell des Vernichtungslagers. So konnte in Kriegsverbrecherprozessen bewiesen werden, dass angeblich am Völkermord unbeteiligte und ahnungslose SS-Männer sehr wohl von ihren Wachtürmen sahen – und damit wussten –, dass Juden in die Gaskammern getrieben wurden, um sie dort zu ermorden.

Auch im Fall Anja Aichele ergab sich so 2008 ein neuer Ermittlungsansatz: Bei einer routinemäßigen Untersuchung der Beweisstücke entdeckten die Kriminalisten eine Hautschuppe und entschlüsselten deren DNA. Drei Jahre später führte dieses Ergebnis zur bislang größten forensischen Reihenuntersuchung in der Geschichte des Landes – ohne auf den Täter zu stoßen. Vor fünf Jahren wurde die Akte geschlossen, und die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren vorläufig ein.

Größte forensische Reihentestung in der Geschichte des Landes

Der Blick auf nicht verjährende Mordfälle alleine greift jedoch zu kurz für Häffner, die sich in beiden Untersuchungsausschüssen den Landtages mit den Morden des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) beschäftigte: „Nach dieser Erfahrung ist mir wichtig, dass Wissen aus alten Fällen für die Ermittler im Land wie auch im Bund verfügbar gemacht wird und so in die Ermittlungen anderer Polizeibehörden und in die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten einfließen." Dazu gehöre es auch, Cold-Case-Morde auf Bezüge zu politisch motivierten Straftaten zu untersuchen.

Um dieses Gesamtpaket zu erreichen, sagt die Grüne, „müssen die Fähigkeiten und Kompetenz im Land an einer Stelle gebündelt werden". Das wäre im LKA möglich, wo Ermittler und Wissenschaftler Tür an Tür arbeiten. Das geht deutlich über die vage Absichtserklärung des Innenministeriums hinaus, beim LKA eine „Ansprechstelle einzurichten". Bei Häffner klingt das nach einer neu aufzustellenden Inspektion beim LKA – und nach einem Punkt für einen neuen Koalitionsvertrag nach den Landtagswahlen im März.

„Passen Sie auf auf unser Land"

Charlotte Knobloch hat den Holocaust überlebt und ist in Deutschland geblieben – jetzt mahnt sie: Die Bundesrepublik muss wehrhaft verteidigt werden.

Von Katja Bauer

BERLIN. Es braucht genau zwei Sätze, bis Charlotte Knobloch am Mittwoch auf ihre Großmutter zu sprechen kommt. Albertine Neuland sei eine stolze Deutsche gewesen, sagt Knobloch. Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden steht im Bundestag und spricht zu den Abgeordneten, zu den in der Pandemie halb leeren Tribünen.

In anderen Jahren, wenn das Parlament zu diesem Gedenken zusammenkommt, sitzen hier dicht an dicht weißhaarige Männer und Frauen. Es sind Überlebende des Holocaust. Manche kommen extra aus Israel, den USA, Russland. Sie alle haben jemanden wie Albertine Neuland in ihrer Geschichte. Das Erinnern ist ein Stück ihrer selbst, untrennbar mit dem Heute verbunden.

„Von meiner Großmutter habe ich die Liebe zu den Menschen geerbt. Trotz den Menschen", sagt Charlotte Knobloch. Sie hat den Holocaust nur überlebt, weil ihre Großmutter für sie in den Zug zum Konzentrationslager Theresienstadt stieg. Es war 1942, ein Alten- und Kindertransport wurde zusammengestellt – und einer aus der Familie Neuland musste auf die Liste. Es ist mucksmäuschenstill im Plenum, als Charlotte Knobloch mit mühsam beherrschter Stimme erzählt, wie ihre Großmutter „die unmögliche Entscheidung" traf.

Charlotte Knobloch überlebt den Nationalsozialismus in einem Unterschlupf. Sie berichtet davon, wie sehr sie Deutschland danach verlassen wollte. Es kam anders. Sie gestaltete das jüdische Leben der Gegenwart in diesem Land an entscheidender Stelle mit. Heute ist sie Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München.

Wie ihre Großmutter, so bezeichnet sie sich heute als stolze Deutsche – und zwar eine, die bereit ist, für dieses Land zu kämpfen: „Ich hatte eine Heimat verloren, ich habe für sie gekämpft, ich habe sie wiedergewonnen und werde sie verteidigen."

Und so ist es eine Mahnung, die sie an diesem Ort ausspricht. „Wir dürfen stolz sein auf unsere Bundesrepublik", sagt Knobloch, „aber wir müssen sie wehrhaft verteidigen."

Dann wendet sich Knobloch direkt an die AfD-Fraktion: „Ich kann nicht so tun, als kümmerte es mich nicht, dass Sie hier sitzen", sagt sie an die Abgeordneten gewandt. Sie wolle kein pauschales Urteil fällen. „Vielleicht ist die eine oder der andere noch bereit zu erkennen, an welche Traditionen da angeknüpft wird." Aber an die „Übrigen in Ihrer Bewegung" gerichtet sagt sie: „Sie werden weiter für Ihr Deutschland kämpfen, und wir werden weiter für unser Deutschland kämpfen – und ich sage Ihnen: Sie haben Ihren Kampf vor 76 Jahren verloren." Und an die anderen gerichtet sagt die 88-Jährige mit eindringlicher Stimme: „Ich bitte Sie: Passen Sie auf auf unser Land."

Es ist nicht einfach, nach der Wucht einer solchen Ansprache ans Pult zu treten – der Publizistin und Pädagogin Marina Weisband fällt diese Aufgabe zu. Weisband ist als Kind aus der Ukraine eingewandert, sie steht für die junge Generation der Juden in Deutschland. Und sie beschreibt, welch schwere Aufgabe es sei, „das Gedenken weiterzutragen, ohne uns selbst zu einem lebenden Mahnmal zu reduzieren".

Foto: AFP/Tobias Schwarz

„Von meiner Großmutter habe ich die Liebe zu den Menschen geerbt. Trotz den Menschen."

Charlotte Knobloch, Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde München

Ziel sei es, dass jüdisches Leben in Deutschland als „schlichte Selbstverständlichkeit" wahrgenommen werde. Aber: „Einfach nur Mensch zu sein ist Privileg derer, die nichts zu befürchten haben aufgrund ihrer Geburt", sagt Weisband.

Illusionslos geht auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble auf die Gefahr ein: „An Gedenktagen wird stets Verantwortung angemahnt, aber werden wir ihr auch gerecht?", fragt er. Es sei niederschmetternd, eingestehen zu müssen, dass die Erinnerungskultur nicht vor Geschichtsleugnung und neuen Formen von Rassismus und Antisemitismus schütze. Die kollektive Verantwortung für das Menschheitsverbrechen des Holocaust aber bleibe bestehen. „Machen wir uns bewusst: Es steht das Selbstverständnis unseres Landes auf dem Spiel."